

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Dienstag, den 14. März 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Die Gewerkschaftsinternationale zum 1. Mai.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam verleiht folgenden Aufruf:

Wahr als je drückt die Last des Lebens auf die Arbeiterklasse. Und doch hatte man den Arbeitern für die Zeit nach dem Kriege Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen gemacht!

Unersand und böser Wille der Regierungen haben jedoch die feierlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht. Die Hoffnung der Arbeiter auf bessere Tage kann sich von jetzt ab nur gründen auf die eigene Aktion.

Der Verfallter Friedensvertrag.

Der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwerflichen und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Völkerverbrüderung hätte erschaffen sollen, hat zu den alten Ursachen der Zwietracht noch neue gefügt und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen zerstört.

Dieser Prozeß einer allgemeinen, rapid gesteigerten Verwirrung wurde noch ergänzt durch den Zusammenbruch der gesamten Produktion, den das enorme Sinken der Valuta in den verschiedenen Ländern bewirkte. Die Folgen dieses Zustandes sind eine erschreckende Arbeitslosigkeit und bittere Not im Haushalt des Arbeiters. Von dieser katastrophalen Situation hat einzig die Reaktion profitiert, die neu erwacht und erstarkt in der ganzen Welt triumphiert. Allen diesen Feststellungen zum Trotz verharrten die Regierungen in ihrer Taubheit und widerstehen sich in absichtlicher Verkennung der Tatsachen den Forderungen der Arbeiterklasse, die im Interesse der Gesamtheit die Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft verlangt.

Diese Forderungen: planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Stabilisierung der Geldwerte, Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel wurden im Namen der organisierten Arbeiterschaft bereits auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß vom November 1920 in London erhoben.

Diese Forderungen zeigen die Notwendigkeit, den internationalen Geist in den Massen immer mehr zu pflegen und zu stärken, um den Egoismus der Kapitalistenklasse zu brechen und ihrem nationalistischen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen.

Von diesem Geist des Internationalismus zeugten die Arbeiterkongresse der letzten Jahre, deren Beschlüsse und Entschlüsse den Weg gewiesen haben für eine friedliche und wahrhaftige Lösung der Probleme des Ruhrgebietes, des Saarlandes und der oberschlesischen Frage.

Dieser selbe internationale Geist befeuert die
24 Millionen

in unserer Internationale vereinten Mitglieder und verleiht uns damit die moralische Autorität, für einen neuen Frieden die Grundlagen zu schaffen, der die allgemeine Abrüstung zur Voraussetzung hat.

Dieser internationale Geist hat die Hilfsaktion für unsere österrussischen Brüder, die Unterstützung der ungarischen Kameraden in ihrem Kampfe gegen den weißen Terror und das Nordregime

der ungarischen Machthaber ermöglicht. Dieser Internationalismus hat schließlich den Aufruf, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu kommen, zur lebendigen Tat werden lassen, sowie er es war, der seinerzeit durch Verhinderung des Waffentransports für Polen Sowjetrußland im Kampfe gegen seine polnischen Angreifer unterstützte hat. Dieser Internationalismus, der von den Prinzipien eines neuen und höheren Menschentums ausgeht, wird freilich von den gegenwärtigen Regierungen und den Vertretern des internationalen Kapitals befehdet, die in ihm eine ernste Bedrohung ihrer Macht und ihrer materiellen Interessen sehen. Wissen sie doch nur zu gut, daß das kapitalistische System zu bestehen aufhören wird, sobald sich die Völker vom Geiste des Rationalismus befreit haben.

Arbeiter der Welt!

Unser Wohl, das Wohl der Welt verlangt den Sieg des Internationalismus! Wir rufen Euch auf, mit allen Euren Kräften diesen Geist zu stärken und zum Siege zu führen. Bekundet diese Eure internationale Gesinnung durch Massenbeteiligung an den Demonstrationen und bietet der Welt das Schauspiel proletarischer Solidarität.

Wägen jene, in deren Händen heute die Macht ist, sich gegenwärtig halten, daß es mit der alten Zeit vorbei und eine neue Epoche angebrochen ist.

Millionen von Arbeitern erheben sich heute in machtvoller Eintracht zur Verteidigung ihrer Interessen, die zugleich die Interessen der Menschheit sind. Die Lösung im Kampf der Arbeiter muß heute sein:

Gegen die Reaktion! Für den Weltfrieden!

Der dieswöchige Freitag muß eine Demonstration sein für die Macht der geistigen Arbeit!

Auf Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden in den Hauptstädten Europas Redner aus anderen Ländern das Wort führen.

Die Form, in der sich die Manifestation zu vollziehen hat, wird jede Zentrale selbst entscheiden. Aber welcher Art die Manifestation auch sei: allüberall sollen Demonstrationsversammlungen abgehalten werden und die allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidarität der Arbeit bezeugen, unter der Losung:

Gegen die Reaktion, die die wirtschaftliche Verflavung des Arbeiters befestigen will!

Gegen die Reaktion, die Militarismus und Kriegesgeist veremigen will!

Auf für die Verteidigung des Achtstundentages und menschenwürdige Löhne!

Der Ruf der verbündeten Arbeit sei: „Krieg dem Kriege! Es lebe die internationale Solidarität der Völker!“

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften: Vorsitzender: J. H. Thomas; Vizevorsitzende: L. Johansson, C. Merletens; Sekretäre: J. Dudgeest, Edo Firmen.

Die Aussperrung in England.

In einem Augenblick, wo die innerpolitische Lage in England voll Ungewißheit, die Sicherheit im britischen Weltreich an mindestens drei Stellen — Irland, Ägypten und Indien — sehr ernsthaft bedroht ist, kommt nun zu den mannigfachen, allmählich schon chronisch gewordenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch die plötzliche Bedrohung durch die große Aussperrung in der Maschinenbauindustrie.

Ganz allmählich hatte sich in der letzten Zeit die Wirtschaftslage Englands zu bessern begonnen. Sie war noch immer trotzlos genug und ein Beweis für die ganze Sinnlosigkeit der durch Krieg und Versailles Vertrag geschaffenen Situation. Immerhin konnten die letzten offiziellen Statistiken Ende Februar konstatieren, daß die Zahl der Arbeitslosen in den letzten vier Wochen um 97 000 gesunken sei, wenn auch in den öffentlichen Arbeitsnachweisen und Unterstützungstellen noch 1 837 000 als arbeitslos gezählt wurden. Infolge ganz systematisch durchgeführter Einschränkung der Produktionskosten, Herabsetzung des Bankdiskonts und des Zinsfußes, vor allem durch die Verringerung der Zinsen in einer großen Anzahl von Industrien — so sollen nach Ausweis der „Labour Gazette“ die Arbeiter im Jahre 1921 im Durchschnitt 6 Millionen Pfund Sterling Wochenlohn gegenüber der Vorzeit eingebüßt haben —, ferner wohl auch infolge des mit der Jahreszeit verknüpften größeren Eingangs von Aufträgen, hatte die Produktion gerade leise angefangen, sich zu erholen. Freilich sind die Zustände noch immer äußerst bedrohlich, die soziale Lage, zumal unter dem Eindruck der inneren, europäischen und gesamtbritischen Schwierigkeiten, sehr gespannt und der Pessimismus aller nur zu berechtigt.

Die Lohnreduktionen, zu denen sich die Arbeiter so in vielen Fällen verstehen mußten, lassen bereits erkennen, wie sehr die Arbeitgeber, die freilich auch bei sehr hohem Steuerdruck in nicht allzu glänzender Situation sind, die Gelegenheit auszunutzen bereit waren, aus der unglücklichen Lage der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiterschaft Kapital zu schlagen. Und es handelt sich hierbei denn nicht etwa immer und in erster Linie nur um finanziellen Druck auf die Arbeiter, sondern die Angriffe richteten sich gegen Vorteile sozialer und industrieorganisatorischer Art, die sich die Arbeiterschaft zu einer Zeit erkämpft hatte, als die Arbeitgeber und die ganze Nation von ihrer Arbeitsleistung und Bereitwilligkeit zur Arbeit abhängig war — es handelt sich um alle die Anläufe zur freieren Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, zur Mitbestimmung am Betrieb, um die Machtstellung der Gewerkschaften und der Arbeiterorganisation.

Die englische Maschinenbauindustrie, die seit vorgestern von einer allgemeinen Aussperrung betroffen ist, ist diejenige Industrie, in der sich das System der sogenannten Shop System, einer Art von freigewählten Betriebsräten, während des Krieges zuerst durchsetzte. Mit diesen Betriebsräten pflegte der Arbeitgeber auch über die Frage der Ueberzeitarbeit zu beraten. Im letzten Jahr nun schien dem führenden Arbeitgeberverband der Maschinenbauindustrie die Zeit gekommen, ihren alten autoritären „Herrenstandpunkt“, daß der Arbeiter seine Arbeit zu tun und sonst das Maul zu halten habe, wieder geltend zu machen, und er legte im November 1921 dem Zentralverband der Maschinenbauer (Amalgamated Engineering Union) ein Memorandum vor, wonach „die Gewerkschaft nicht in die Rechte der Unternehmer zur freien Verwaltung des Betriebes hineinreden dürfe (und umgekehrt)“. Dieser Vorschlag folgte auf ein Abkommen, das Ende 1920 zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeberverband geschlossen war. Danach hatte sich die Gewerkschaft bereit erklärt, daß die Arbeiter in Nothfällen Ueberstunden über das geltende 47-Stunden-Abkommen hinaus leisten sollten, um regelmäßige Ueberstunden zu vermeiden. Doch sollte bei der jeweiligen Beratung über die Einführung solcher Mehrarbeit die Arbeiterschaft vorher ihre Zustimmung geben. Jetzt also sollte dieses Mitbestimmungsrecht außer Kraft gesetzt werden und die Bestimmung über die Länge der Arbeitszeit bei dem Fehlen des gesetzlichen Achtstundentages ganz der Willkür des Unternehmers überlassen werden. Daß es sich hierbei nicht um einen Bedarf einer vielbeschäftigten Industrie nach mehr Arbeitskräften handelt, beweist einmal die Tatsache, daß es die Industriellen zu einer vollständigen Stilllegung durch die Aussperrung haben kommen lassen, und ferner der Umstand, daß ja der andere Ausweg, den z. B. die deutsche Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit immer befolgt hat, offen stand: nämlich aus der großen Zahl der Arbeitslosen mehr Kräfte einzustellen und statt Ueberstunden Doppelschichten einzuführen.

Im November hatte die Gewerkschaftsleitung wegen der allgemeinen Nothlage das Anerbieten des Arbeitgeberverbandes nicht rundweg abgelehnt, sondern es einer Urabstimmung seiner Mitglieder unterbreitet. Die Arbeiterschaft erkannte aber, daß es um ein ganz prinzipielles Vorgehen der Unternehmer gegen ihre neuen Rechte handelte und lehnte mit 50 240 gegen 35 525 Stimmen den Plan ab. Nach diesen Verhandlungen, in denen auch von Regierungsseite versucht wurde, einen Vergleich herbeizuführen, ist nun doch am 11. März die Aussperrung verkündet worden. Be-

Die Arbeiterbewegung in Südafrika.

Die Nachrichten, die aus dem südafrikanischen Streitgebiet eintreffen, sprechen von schweren Kämpfen zwischen der streikenden Arbeiterschaft auf der einen und Polizisten, Regierungstruppen und Freiwilligen auf der anderen Seite. In Johannesburg, der Hauptstadt des Randminengebietes, soll der Kampf besonders erbittert sein. Die Arbeiterschaft habe sich, so heißt es, teilweise der Regierungsgebäude bemächtigt und habe durch Artillerie und Bombengeschwader daraus vertrieben werden müssen. Der Ministerpräsident von Südafrika General Smuts sei nach gefährlicher Automobilsahrt von Kapstadt, der Regierungshauptstadt, in Johannesburg eingetroffen und habe die Leitung der Operationen gegen die „Aufständischen“ übernommen. Er hoffe mit der „Revolte“ bald fertig zu werden. Die Bürger und Bauern (Buren) atmeten auf, Freiwillige strömten von allen Seiten zu. Die Haltung der Schwarzen sei tadellos. Die Streitenden gingen mit Brutalität vor. Auf die Kampfgeschichten und Rauberpistolen im einzelnen einzugehen, ersparen wir uns an dieser Stelle.

Man wird gut daran tun, zunächst einmal auf die Ursachen dieses Streiks zurückzugehen, der, wenn die einlaufenden Meldungen nicht stark übertrieben sind, in einen Bürgerkrieg auszuarten droht. Im Dezember vorigen Jahres schlugen die Minenbesitzer zur Verringerung der industriellen Krise vor, die Zahl der billigeren schwarzen Arbeiter in den Gruben zu ungunsten der Weißen zu erhöhen, die Löhne herabzusetzen und das Kontraktsystem zu revidieren. Von den Minenarbeitern wurde dieses Programm abgelehnt. Besonders stark war die Erbitterung über den ersten Punkt der Forderung, wie überhaupt die Rassenfrage in Südafrika eine bei weitem größere Rolle spielt als in Europa. Ein Vermittlungsversuch des Ministerpräsidenten General Smuts, der bereits lange vorher eine Lohnherabsetzung als unerlässlich für die Befundung der Wirtschaft erklärt hatte, schlug fehl. Der Generalkrieg der Minenarbeiter Südafrikas brach also schon

im Dezember vorigen Jahres aus. Ehe alle Brücken abbrechen, trat Smuts noch einmal mit dem Ersuchen an die Streitenden heran, wenigstens die lebensnotwendigen Bekriebe und in erster Linie die Kraftstationen mit Kohle zu versorgen. Die Streitenden waren bereit, darauf einzugehen, wenn die Kohlenförderung und die Verteilung der Kohle sowie die Kontrolle über ihre Verwendung in der Hand der Streikleitung blieben. Darauf glaubte die südafrikanische Regierung nicht eingehen zu können und der Streik nahm seinen Fortgang, ohne in Europa viel beachtet zu werden.

Es wirkte deshalb zunächst ein wenig rätselhaft, als am Ende der vergangenen Woche die Alarmnachricht verbreitet wurde, im südafrikanischen Randminengebiet sei der Generalkrieg proklamiert worden und als bald darauf die ersten „Kämpfe“ gemeldet wurden. Ueber das Wesen dieses Generalkrieges herrscht auch heute noch keine Klarheit. Während es auf der einen Seite heißt, die Gewerkschaften und der sonstige Teil der Arbeiter beteiligen sich nicht an dem Unternehmen, besagen andere Telegramme das Gegenteil. Bölliges Dunkel schwebt auch über den Zweck und die tiefere Ursache des erweiterten Streiks, der plötzlich zu einer Revolte oder gar zu einer Revolution gestempelt wird. Fest steht vorläufig nur soviel, daß General Smuts mit fester Hand zugreift und kein Mittel moderner Kriegs- und Zerstörungswerkzeuge scheut, um die Streitenden blutig aufs Haupt zu schlagen. Er scheint seine Methoden aus dem Jahre 1914 wiederholen zu wollen, als er 60 000 berittene Buren gegen Streikende anreihen ließ. Sehr wahrscheinlich ist es, daß sich der südafrikanische Regierungsapparat übertriebener Grauelnachrichten und bolschewistisch gefärbter Tendenzmeldungen bedient, um aus den Reihen der Landbevölkerung die gewünschte Zahl Freiwilliger rekrutieren zu können. Von Wichtigkeit wäre es, zu erfahren, ob die Grubenbesitzer für die streikenden weißen Arbeiter Schwarze in größerem Umfang eingestellt haben.

tröffen werden davon zunächst die etwas unter 1/2 Million Mitglieder des Zentralverbandes der Maschinenbauer und mit ihnen die sämtlichen Arbeiter der aussperrenden Firmen — man rechnet etwa 1 Million. Ferner aber trifft diese Stilllegung einer wichtigen Industrie natürlich indirekt eine große Anzahl weiterer Arbeiter, so daß noch etwa 7—8 Millionen neue Arbeitslose und von ihnen Abhängige in England sein werden. In Aussicht steht schließlich für den 15. März die Ausspernung der Schiffbauer, die sich nicht mit der verlangten Lohnherabsetzung von 16%, später 26% Schilling die Woche einverstanden erklären wollen.

Das ganze Vorgehen der Unternehmer wird von der englischen Arbeitererschaft als ein Feldzug gegen die Gewerkschafts-errungenschaften und schließlich wohl sogar überhaupt die Machtstellung der Gewerkschaften aufgefaßt. Während es bei der Depression des Wirtschaftslebens den Industriellen nicht allzu unangenehm sein könnte, einmal eine Zeitlang keine Löhne zahlen zu müssen, ergreifen sie die Gelegenheit, die finanzielle Stellung der Gewerkschaften noch mehr zu drücken: denn mehr vielleicht als es vom grundsätzlichen Standpunkt aus sonst der Fall gewesen wäre, hat sich die verantwortungsbewußte Gewerkschaftsleitung bemüht, die Ausspernung durch Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu vermeiden, da die Gewerkschaftskasse durch Auszahlung von etwa 3 Millionen Pfund Sterling Arbeitslosenunterstützung in den letzten 1/2 Monaten geschwächt ist. Und zweifellos geht gerade hierauf auch die Spekulation der Arbeitgeber. Vielleicht rechnen sie darauf, die Gewerkschaften zu neuen Niederlagen zu treiben und sich damit die lästige „Bedormung“ durch die organisierte Arbeitererschaft vom Hals zu schaffen und wieder „Herr im Hause“ zu werden.

Vor nicht allzu langer Zeit brach in England ein Streit unter ähnlichen, für die Arbeiter ungünstigen Bedingungen aus, der Bergarbeiterstreik vom vorigen Sommer. Und doch hielten damals die Arbeiter über drei Monate aus. Bei der jetzigen Maschinenbauerspernung geht es um grundsätzliche Errungenschaften der Arbeitererschaft, um die Anerkennung ihres Mitbestimmungsrechts über die Gestaltung ihrer Arbeit — ein Recht, das im Februar 1919, als das Nationalgefühl noch lebhaft war und die englische Wirtschaft noch nicht die Folgen des Versailler Vertrages am eigenen Leibe verspürt hatte, der Arbeitgeberverband selbst auf der gemeinsamen Industriekonferenz von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände anerkannt hatte. Die Solidarität der gesamten Arbeitererschaft ist so den Ausspernten gewiß.

Zugleich aber zeigt die Ausspernung die ganze Verfahrensweise der englischen Wirtschaftslage, die Verwirrung, die über die sozialen und psychologischen Verhältnisse herrscht — zeigt das hoffnungslose Durcheinander, die der Krieg und seine Nachwirkungen auch den siegreichen Nationen als schließlich einzigen Gewinn eingetragen hat.

Aus London wird nach Zeitungsmeldungen berichtet, daß infolge der am Sonnabend begonnenen Ausspernung in der Maschinenindustrie 400 000 Arbeiter erwerbslos geworden sind.

Das Reichsmietengesetz gefährdet?

Dem organisierten Hausbesitz ist wegen der Annahme des Reichsmietengesetzes ein gewaltiger Schrecken in die Glieder gefahren. Ein ganzes Schimpfregister wird in Versammlungen und in der Presse über Reichstag und Reichsregierung losgelassen; ein Zeichen dafür, daß die Linksparteien gut beraten waren, als sie schließlich in der Endabstimmung — trotz mancher schweren Bedenken — doch für das Gesetz eintraten. Jetzt versuchen die Vertreter des Boden-, Haus- und Hypothekentapitals auf den Reichsrat dahin einzuwirken, daß er gegen das Gesetz Einspruch erhebt, weil es „verfassungswidrig“ sei, da es in das Eigentumsrecht eingreife. In Berlin tagte am Sonntag der Zentralvorstand der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine, um den Kampf gegen das Gesetz zu organisieren. Zum Ueberflus wurde zum Montag das Präsidium des Deutschen Schutzverbandes für Grundbesitz einberufen, um den „Snadenstoß“ gegen das Gesetz zu führen. Weiter wurde der Reichspräsident in einer langen Eingabe von den Hausbesitzern aufgefordert, das „verfassungswidrig“ zustande gekommene Gesetz nicht zu verkünden. Um das Maß der Demagogie voll zu machen, bringt die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ am 9. März (Nr. 10) die Lügenmeldung, der Bund Deutscher Mietervereine habe in einer Entschließung an den Reichstag das Reichsmietengesetz für unannehmbar erklärt. Genau das Gegenteil davon ist Wahrheit! Wird dem Treiben der Hausbesitzer nachgegeben werden, so sind schwere innerpolitische Komplikationen zu erwarten.

Die neue Beamten-Befoldungsordnung.

Die Regelung auf dem Gebiete der Beamtenbefoldung hat die Bestandteile, aus denen sich das Beamteneinkommen zusammensetzt, noch weiter vermehrt und die Berechnung komplizierter gemacht. Der verheiratete Beamte erhält ein Grundgehalt, abgestuft nach Befoldungsgruppen. Jede einzelne Gruppe enthält eine Reihe Aufzählungsstufen je nach dem zurückgelegten Befoldungsdienstalter. Zum Grundgehalt kommt ein nach fünf Ordstufen und der Höhe des Grundgehalts abgestufter Ortszuschlag. Von Grundgehalt und Ortszuschlag wird ein bemesslicher Teuerungszuschlag in prozentualer Höhe von insgesamt 25 Proz. gewährt. Dazu kommt weiter ein für alle Beamten ohne Unterschied fester Teuerungszuschlag (Kopfszuschlag) in Höhe von 2500 M. jährlich. Für die Ehefrau wird eine für alle verheirateten Beamten gleich hohe Zulage von 1000 M. pro Jahr gewährt. Während zu den Kinderzuschlägen ein Teuerungszuschlag von 25 Proz. kommt, ist dies bei der Frauenzulage nicht der Fall. Für die etwa vorhandenen Kinder wird eine Kinderzulage von jährlich 1800, 2400 oder 3000 M. je nach dem Lebensalter gewährt. Diese Sätze erhöhen sich um den 25prozentigen Teuerungszuschlag. In den Orten, wo die Arbeiter-Überzeugungszuschüsse erhalten, kommt für die Beamten eine widerrufliche Wirtschaftsbihilfe zu den vorgenannten Bezügen hinzu, die sich nach der Höhe der den Arbeitern gewährten Überzeugungszuschüsse richtet. Für je 10 Pf. Überzeugungszuschlag pro Stunde erhält der Beamte 250 M. Wirtschaftsbihilfe pro Jahr.

Das Grundgehalt der planmäßigen Beamten beträgt ab 1. April: Anfangsgehalt in den Gruppen:

I	II	III	IV	V	VI	VII
11 000	13 500	15 000	16 000	17 000	18 500	20 000
VIII	IX	X	XI	XII	XIII	
22 000	25 000	28 000	32 000	40 000	53 000	

Es steigt nach je zwei Jahren bis zu 16 Jahren:

in Gruppe I um je 700 M. nach zwei und vier Jahren, dann um je 600 M. bis zu 16 000 M.;

in Gruppe II um je 800 M. nach zwei bis zehn Jahren, dann um je 500 M. bis zu 18 000 M.;

in Gruppe III um je 700 M. bis nach vier Jahren, dann um je 600 M. bis zu 20 000 M.;

in Gruppe IV um je 800 M. nach zwei und vier Jahren, dann um je 700 M. bis nach zehn Jahren, weiter um je 600 M. bis zu 20 000 M.;

in Gruppe V um je 1000 M. nach zwei und vier Jahren, um 800 M. bis nach acht Jahren, dann um je 600 M. bis zu 23 000 M.;

in Gruppe VI um je 1000 M. bis nach vier Jahren, um 800 M. bis nach zehn Jahren und um je weitere 700 M. bis zu 25 000 M.;

in Gruppe VII um je 1000 M. bis nach sechs Jahren, um je 800 M. bis zu 27 000 M.;

in Gruppe VIII um je 1500 M. bis nach vier Jahren, und dann um je 1200 M. bis zu 3000 M.;

in Gruppe IX um 1600 M. bis nach zehn Jahren, dann um je 1500 bis zu 36 000 M.;

in Gruppe X um je 2000 M. bis zu 43 000 M.;

in Gruppe XI um je 2500 M. bis nach acht Jahren, dann um je 2000 M. bis zu 48 000 M.;

in Gruppe XII um je 4000 M. bis nach vier Jahren, dann um je 3000 M. bis zu 60 000 M.;

in Gruppe XIII um je 7000 M. bis nach sechs Jahren und noch einmal um 6000 bis zu 80 000 M.

Die Ortszuschläge betragen in

Ordstufe	14 800	14 800—16 500	16 500—19 800	19 800—22 900
A..	3200	4000	4800	2600
B..	2400	3000	3600	4200
C..	2000	2500	3000	3500
D..	1600	2000	2400	2800
E..	1200	1500	1800	2100

Durch die neuen Gehaltsgrenzen stehen sich die im Endgehalt der Befoldungsgruppe III sowie die im Anfangsgehalt der Gruppe X stehenden Beamten günstiger als nach den bisherigen Ortszuschlägen.

Die Gehaltsätze wurden erhöht um durchschnittlich 2500 M. in Gruppe XII, um 3000 M. in Gruppe XI, um 4000 M. in Gruppe X, um 4250 M. in den Gruppen I, II, III und VII, um 4500 M. in den Gruppen IV, VIII und IX, und um 4750 M. in den Gruppen V und VI.

Sondergesetze über die Arbeitszeit? Stellungnahme der Gewerkschaften.

In voriger Woche waren im Reichsverkehrsministerium Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz mit besonderer Berücksichtigung des Entwurfes für die Eisenbahner. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten erhob Einspruch dagegen, daß schon jetzt, noch bevor das Parlament sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe, über besondere Bestimmungen verhandelt werde und der Vertreter des DGB gab die offizielle Erklärung ab, daß die Gewerkschaften gegen jedes Sondergesetz energig Einspruch erheben müßten. Ministerialdirektor Höpfer machte den Vorschlag, daß die Organisationen sich noch einmal mit den schwebenden Fragen beschäftigen und dann dem Ministerium ihre Beschlüsse übermitteln sollten.

Gestern traten daher die Spitzenverbände zusammen, um eine Entscheidung zu treffen. Die Haltung der Gewerkschaften war nicht einheitlich und man hatte sich mit der Möglichkeit zu beschäftigen, ob man bis zur Entscheidung durch das Parlament eine Sondervereinbarung mit dem Reichsverkehrsministerium treffen solle oder ob bis zur gesetzlichen Regelung überhaupt Verhandlungen unzumutbar seien. Eine Klärung der Angelegenheit ist gestern noch nicht erfolgt. Es wurde jedoch von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit betont, zwischen den Gewerkschaften und dem Ministerium eine Art Vertrag bis zum Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes zu schließen, da bei der Eisenbahn bekanntlich die Fragen der Dienstzeit und der „Dienstverweigerung“ sehr ungeklärt seien. Eine Verordnung der Direktionspräsidenten in Mitteldeutschland habe zu einer Erregung unter der Ersaurter Eisenbahnerschaft geführt.

Von dem Ergebnis der heutigen Besprechungen dürfte es abhängen, ob in der kommenden Woche die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium erneut aufgenommen werden. Nach der BS-Korrespondenz ist mit einer Einigung zwischen den Organisationen und dem Ministerium zu rechnen.

Die „Unklarheit“ der „Dienstverweigerung“ ist erst von oben in den Klaren Begriff der Arbeitszeit hineingetragen worden. Die Schaffung etwaiger Ausnahmegesetze oder Verordnungen ist ein sehr gewagtes Spiel!

Die rumänischen Kammerwahlen haben bisher 200 Anhänger der Regierung und 97 Oppositionelle ergeben. Die „liberale“ Regierungspartei wird über mehr als zwei Drittel der Kammeritze verfügen. General Averescu und Bratianu sind gewählt, dagegen ist Marghiloman unterlegen. Die Konservativen und die Kommunisten erhielten kein einziges Mandat. In Cernowitz wurde der Sozialdemokrat Wikner gewählt.

Wäsche zum Trocknen.

Von Lena.

Ich bin in eine neue Wohnung gezogen. Mein Schreibtisch steht am Fenster, und täglich schaue ich hinüber zu dem Hause auf der anderen Straßenseite.

Es hat ein Erdgeschloß, zwei Stockwerke und ein Dachgeschloß. Der Erdgeschloß lehrt mir eine geschlossene Veranda zu, die mit weißen Vorhängen verhüllt ist. Darüber in jedem Stockwerk steht ein halboffener Balkon, in dem Wäsche trocknet. Diese Wäsche erzählt Geschichten.

Im ersten Stock hängt man immer recht in die Mitte ein Paar Männerunterhosen — Verzierung! Beinseider —, sie sind vom Teufel, das es jetzt auf diesem verfluchten Gebiet gibt. Wenn ein starker Wind weht, ist es neckisch zu sehen, wie er mit diesen Unterhosen — Verzierung! Beinseidern — spielt. Er schlänkert die Trittschritte in sanften Wellenbewegungen und bläst den Teil, der bestimmt ist, des Baudes Wölbung und ihr rückwärtiges Gegenpiel zu decken, weit und weiter auf bis zu ungeheurer Rundung, so daß man sich unwillkürlich sagt: „Wieviel muß in diesen Bausch hineingegessen sein, damit er diese Rundung füllt!“ — Ein Schieberbauch, ganz sicher.

Daneben hängt ein Morgenrock von feinstem silb. Batist, reich verziert mit Spitzenwerk, mit weithängenden Vermeiden, die jeder Arbeit hinderlich sein müßten. Der leichte Stoff wiegt sich melodisch in der Luft, und ich sehe förmlich Modame, wie sie diesen Morgenrock lässig überstreift und sich dann mit einem Seufzer in einen bequemen Rehnstuhl sinken läßt. Vielleicht hat sie die Nacht vorher moderne Tänze getanzt, die so müde machen.

Oben im zweiten Stock hängen solide Frauenhemden aus festem Stoff mit ein wenig Stiderei, ein wenig gestopft, wie es in diesen Zeiten nicht anders sein kann. Die Hände schaukeln sich zufrieden im Wind, so als wollten sie sagen: „Wir haben es nicht nötig, das Leben allzu schwer zu nehmen, aber leichtsinnig sind wir nicht.“ Dabei ein paar derbe Handtücher, die von einem soliden Haushalt erzählen. Und endlich Stehkrone. Sie scheinen ziemlich eng zu sein und dazu bestimmt, einen mageren hohen Hals ehrbar zu umschließen. Ganz sicher, hier muß ein Beamter wohnen, so ein rechter ordentlicher, der an jedem Morgen Lineal und Federhalter rechtwinklig auf dem Schreibtisch ordnet. Allzuviel Gehalt wird er nicht haben, aber er hat eine tüchtige Frau, die das ihrige zusammenhält.

Am Dachgeschloß, gerade meinem Fenster gegenüber, hat man den Balkon durch eine kleine Querwand geteilt. Zur Linken — ach, was hängt da? Ein blaustreifiges Arbeiterhemd und Kinderwäsche, Kinderwäsche von allen Arten und Größen. Wie mögen sie durcheinandertappen in diesem Arbeiterhaushalt, wenn abends der Vater heimkommt von der Arbeit! Und wieviel muß die Mutter kochen, um alle hungrigen Kindermäulchen satt zu machen! Und wieviel muß der Vater arbeiten, um all das Geld herbeizuschaffen!

Daneben auf der rechten Hälfte hängt seit vier Tagen keine Wäsche. Bis dahin hingen dort immer ein Paar dünne, ganz dünne,

weiße Strümpfchen, viel zu dünn für das Winterwetter, Strümpfe mit künstlich gestrickten breiten Rändern, wie geschickte Frauenhände sie vor zwei Menschenaltern mit ganz feinen Nadeln strickten. Dabei hing ein Blüschchen, auch viel zu dünn für diese kalte Zeit. Es mußte ein recht dünnes Weiblein sein, das in diesem engen Blüschchen steckte, das selbst der Wind nicht zur Hilfe aufzulösen vermochte. Und es mußte ein ganz altes Weiblein sein, denn neben dem Blüschchen hing manchmal ein dreieckiges weißes Tüchlein, wie alte Frauen es um den Kopf legen.

Aber seit vier Tagen hängt keine Wäsche mehr auf dieser Hälfte des Balkons. Als ich mittags nach Hause kam, stand gerade ein schwarz verhangener Wagen drüben vor dem Hause, in den man einen Sarg setzte, einen Sarg, der mir schmaler und enger schien als es die Art republikanischer Särge ist.

Zwei Frauen traten aus der Tür meines Hauses.

„Sehen Sie nur, da wird das alte Fräulein zu Grabe getragen,“ sagte die eine zur anderen. „Sie hatte sich so ein klein Bißchen zusammengespart durch ihre Arbeit, und ein kleines Bißchen hatte sie dazu geerbt. Damit hat sie früher ganz gut gereicht, aber jetzt, bei den Zeiten...“ und sie suchte die Lippen.

„Es ist wohl am besten, daß sie tot ist,“ sagte die andere Frau.

Auf dem Balkon der Manjorde hängt keine Wäsche mehr.

Das entlarvte Medium. Die Geschichte des Okkultismus ist erfüllt von Wundern. Der größte Teil ist unkontrollierbar und daher Glaubenssache; ein Teil aber ist wissenschaftlich nachgeprüft und hat sich zum Teil als Humbug, Schwindel oder rein subjektives Phänomen erwiesen. Womit nicht gesagt ist, daß nicht auch dieser Teil weiter Glauben findet. Berühmte Professoren wurden wiederholt von geschickten Tischenpielern aufs elendeste gekloppt, ohne dadurch klüger zu werden. In Dänemark-Norwegen hat sich jetzt eben wieder ein Fall ereignet, der oft Geschehenes in klassischer Weise wiederholt. Ein Medium Einar Rielsen hatte in Kopenhagen Aufsehen erregt durch Hervorrufung von sog. Teleplasmaerscheinungen. Ein Ausschuß, dem ein Professor und ein Arzt angehörte, stellte fest — wir folgen hier einem Bericht der „Köln. Zeitung“ —: „Im Laufe der letzten drei Monate haben wir eine Reihe von Sitzungen mit dem Medium Einar Rielsen abgehalten. In diesen Sitzungen beobachteten wir zu wiederholten Malen das Auftreten weißer Stoffmassen. Im Verlauf der Sitzungen wurden die Kontrollmaßnahmen planmäßig verstärkt, und bei der letzten Sitzung am 10. Dezember hatten wir Bedingungen, die nach unserer Überzeugung eine absolute Kontrolle darstellten: Herr Rielsen wurde vollständig entkleidet, sein ganzer Körper genau untersucht und dann eingelegt in schwarzen Tritofel mit angebeizten Lätzchen für Kopf und Hände; er wurde hineingebracht in eine Art Tüllkäfig, der vorher genau untersucht war und dann plombiert wurde. Unter diesen Verhältnissen erschienen bei echtem Trancezustand des Mediums außerhalb des Tritofels und der Tüllhüllen, aber innerhalb des Käfigs viermal schleierartige weiße Stoffmassen. Nach der Sitzung wurden Käfig, Tritofel und Medium von neuem untersucht, ohne daß irgendein schleierartiger weißer Stoff gefunden worden wäre. Auf Grund dieser Wahrnehmungen stehen wir nicht an, zu erklären, daß Einar Rielsen ein

echtes Trancemedium ist, und daß in Verbindung mit seinem Körper weiße Stoffmassen auftreten können in einer Weise, die vorläufig nicht erklärbar ist, aber keinesfalls auf Tischenpielerei beruht.“

Ein Triumph des Okkultismus! Ein Mensch kann aus sich heraus (oder mit Hilfe von Geistern) aus dem Nichts Stoffe produzieren. Der Münchener Wunderdoktor Schrenk-Rohing, der von ähnlichen Experimenten mit einem Pariser Medium pseudowissenschaftlich lebt, war beinahe überboten. Aber ein so verfluchter, ungläubiger Journalist — Biggo Castling heißt dieser Befürworter der Menschheit — versprach 10 000 Kronen, falls ein norwegischer Universitätsausschuss die Echtheit dieser Materialisation bezeuge. Der norwegische Professor Oskar Joeger nahm die Herausforderung an und blieb wie so viele seiner berühmteren Vorgänger auf der Strecke. Der norwegische Ausländer tagte, Rielsen stellte sich nach langem Drängen seiner Freunde (meist entzweiten sich diese Herrschaften der ernsteren Kontrolle) und erwieb sich als ganz impatient in der Tegilbranche: es erschien kein Stoff und kein Geist. Aber weiter: er wurde von der norwegischen Gesellschaft für psychische Forschung kontrolliert und hierbei als gewöhnlicher Schwindler entlarvt. Der sogenannte Teleplasma-Stoff war keine chinesische Gaze, die er einmal in der Tischhöhle verbirgt und ein andermal im Runde verschwinden ließ. Sein Professor Joeger hat zugeben müssen, daß dieses Teleplasma unecht war.

Diese Erfahrung wird den Schrenk-Rohing und andere nicht abhalten, weiter mit dem Schwindel, den ihre Medien produzierten, kredenzen zu gehen, die Wissenschaft zu diskreditieren und dem Volk, das in der Politik schon Hofensopus genug erlebt, den Respekt vor den Professoren zu nehmen. Mit Recht. Denn heute, die sich von Tischenpielern duplizieren lassen, sollen sich nicht als Erläuterer der Menschheit aufspielen wollen.

Ueberlebende Ziffern unserer Gesundheitsstatistik. Ueber raschende Ergebnisse zeigen die Hauptziffern der Geburten und Sterbefälle für die deutschen Großstädte im Jahre 1921, von denen L. Gottstein auf Grund der Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes in der „Klinischen Wochenschrift“ Mitteilung macht. Die Zahl der Städte über 100 000 Einwohner ist von 38 im Jahre 1917 auf 49 gewachsen; auch die Bevölkerung, die in diesen Großstädten wohnt, hat sich vermehrt, wenn auch nicht so stark wie die städtische Bevölkerung überhaupt, die von 18 auf 25 Millionen stieg. Die Geburtenziffer zeigt gegenüber dem Jahre 1920, wo sie 22,3 auf 1000 betrug, mit 20,1 einen nicht unbeträchtlichen Rückgang. Die Zahlen für die Gesamtsterblichkeit sind die niedrigsten, die bisher in den deutschen Großstädten zu verzeichnen waren. Von 15 pro 1000 im Jahre 1917 ging sie auf 12,6 zurück. Diese „Rekordzahlen“ der geringen Sterblichkeit, finden sich für 1921 auch in England und Nordamerika. Besonders bemerkenswert ist die außerordentlich geringe Sterblichkeit in den ersten Jahresmonaten, die sich durch milde Witterung auszeichneten; die in den letzten Jahreswochen aufgetretene Influenza verlief viel milder als 1918. Die Säuglingssterblichkeit erreichte ebenfalls mit 12,2 pro 1000 einen Tiefstand. Das ist auffällig, weil der Sommer 1921 sich durch außergewöhnlich starke und lange Hitze gleich dem des Jahres 1911 auszeichnete. Auch der Wert für die Tuberkulosesterblichkeit ist mit 14,9 geringer als der tiefste bisher 1913 erreichte. Außerordentlich niedrig sind auch die Zahlen für die akuten Infektionskrankheiten des Kindesalters. Von Interesse sind noch die Zahlen für

Kleine Vorlagen im Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde der Gesetzentwurf über die Änderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes beraten. Die Vorlage bestimmt, daß die im Feld- und Forstpolizeigesetz festgesetzten Höchst- und Mindestbeiträge für die Geldstrafen sowie die im § 6 des Gesetzes bestimmte Wertgrenze auf den zehnfachen Betrag erhöht werde. Nach den Ausschlußbeschlüssen soll auch das Erlaggeld auf den zehnfachen Betrag erhöht werden. Ein Antrag Simberg und Dr. Rosenfeld will die Wertgrenze auf den dreißigfachen und das Erlaggeld auf den zehnfachen Betrag erhöhen. Abg. Liebknecht (l. Soz.) unterstützt diese Forderung und beantragt, im Falle ihrer Ablehnung die Wertgrenze auf das Zwanzigfache zu erhöhen.

Nach Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird beschlossen, daß das Erlaggeld und die Wertgrenze auf den zehnfachen Betrag erhöht werden. Eine Entschließung des Landtages fordert eine Reform des Gesetzes und beschleunigte Vorlegung eines entsprechenden Entwurfs.

In zweiter und dritter Lesung wird dann die Vorlage über die Erhöhung von landesrechtlich festgesetzten Geldbeiträgen angenommen. Danach wird das Höchstmäß der polizeilichen Strafverfügungen wegen Uebertretungen auf 300 Mark erhöht. Die Vorschriften über die Haftstrafen bleiben unverändert. Die Höchstbeträge der als Zwangsmittel zur Durchführung obrigkeitlicher Anordnungen angedrohten Geldstrafen sowie die für das Verwaltungsstreitverfahren geltenden Kostenätze werden im Durchschnitt vergrößert.

Bei der fortgesetzten Debatte über den kommunistischen Antrag der Sowjetregierung bedingungslos

20 Millionen Mark zur Linderung der russischen Hungersnot zur Verfügung zu stellen, gibt

Abg. Campe (D. Sp.) den Kommunisten den Rat, die russischen Propagandagelder für diesen Zweck zu verwenden. Der Redner fordert Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuß.

Abg. Ruschke (Dem.) sieht der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüber, bedauert aber die von den Antragstellern gewählte Form.

Abg. Veever (Dnat.) erklärt, daß für seine Partei der Antrag unannehmbar ist, weil man annehmen muß, daß die Gelder zu kommunistischen Propagandazwecken verwendet werden.

Abg. Cohn (l. Soz.): Mit dem Ziel des Antrages sind wir einverstanden. Der Ausschuß wird hoffentlich einen gangbaren Weg zur Verwirklichung finden. Es handelt sich hier um eine politische Aktion, und deshalb ist es falsch, den Weg der freien Liebesfähigkeit zu empfehlen. Das deutsche und das russische Volk kämpfen dem Blinden und dem Lahmen, die nur durch gegenseitige Hilfe vorwärtskommen können.

Nach einem Schlusswort des Abg. Meyer (Komm.) wird der kommunistische Antrag dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der Hauptausschuß hat den Haushalt mit unwesentlichen Änderungen genehmigt und eine Anzahl von Anträgen empfohlen, welche sich auf das Fach- und Fortbildungsausschüssen, auf die Förderung des Kunstgewerbes, auf die Regiarbeiten sowie auf die Verkehrsinteressen beziehen.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Pinnerell (D. Sp.)

In der Debatte erklärt Abg. Leidig (D. Sp.): Das Reich muß bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen in Fühlung mit dem preussischen Handelsministerium bleiben. Eine in sich abgeschlossene preussische Wirtschaft wollen wir nicht haben. Mit Bewußtsein stellen wir uns mitten in die wirtschaftliche Gesamtorganisation des Reiches hinein. Verhindert werden muß das Aufkommen eines Reparationsgewinninterims. Die Industrie muß wieder da anfangen, wo sie vor dem Kriege aufgehört hat, selbstverständlich unter Schöpfung der menschlichen Arbeitskraft.

Schluss gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 12 Uhr.

Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei. Am Sonnabend und Sonntag tagte in Berlin unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei. Dr. Stresemann gab den Bericht über die politische Lage. Die sich daran anschließende Aussprache endigte mit der Annahme einer Entschließung, in welcher der Parteivorstand der Reichstagsfraktion und den preussischen Ministern der Partei das einmütige Vertrauen ausgesprochen wurde.

gewalttamen Tod, wie Selbstmord, Mord, tödliche Unfälle, die 1917 und 1918 eine Steigerung von 7,8 und 7,3 zeigten, 1920 mit 6,1 und 1921 mit 6,9 aber unter die Friedenswerte herabfielen.

Wichtig ist die Bevölkerungsbilanz. Danach betrug der Ueberschuss der Geburten über die Todesfälle in den deutschen Großstädten 1921 112 630; diese Zahl wird in den letzten Jahren nur durch 1914 mit 114 045 übertroffen, 1917 überwogen die Todesfälle die Geburten um 41 671 und 1918 um 62 874. 1919 war der Geburtenüberschuss 35 965 und 1920 106 000. Die Ursachen der niedrigen Sterblichkeit von 1921 sind eine internationale Erscheinung, die aber bei der jetzigen traurigen Lage Deutschlands geradezu paradox erscheinen dürften. „Lediglich nur“, sagt Gattstein, „nur weitgehenden Schüssen gemart werden. Die Sterblichkeitsbewegung eines kurzen Zeitabschnitts ist nicht der einzige und in vielen Teilenfragen nicht einmal der entscheidende Maßstab für die Gesundheit einer Bevölkerung.“

Eine Thomas-Stiftung für die Berliner Nationalgalerie. Dank einer Stiftung von Prof. Ernst Große, dem Freiurger Kunstgelehrten, konnte die Nationalgalerie eines der Hauptwerke von Thomas junger Meisterhaftigkeit aus der Ausstellung erwerben, die eben in den Räumen der Galerie eröffnet wurde. Es ist das Bild der „Niederung am Rhein“, von Thema 1869 in Karlsruhe gemalt. Ein Nichts von Grün ist da gemalt, in dem eine schlichte Frauenfigur steht, braun immerhalb der vielen reichen grünen Töne, die die Landschaft gibt. Das Bild zeigt die Anregungen aus dem Kreise Courbets und erinnert an die Kunst von Thomas Jugendgefährten Schuffner.

Der Tod des ältesten Amerikaners. Mit dem Tode von Cobdenhewen-Wonke (wörtlich übersetzt: geranzeltes Fleisch) vom Stamme der Chippewa-Indianer verlieren die Vereinigten Staaten einen Zeugen des wichtigsten Teils ihrer Geschichte; denn Cobdenhewen-Wonke war so alt wie die amerikanische Verfassung, sein Geburtsjahr 1787 war das Jahr der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Sein Gedächtnis reichte zurück bis ins Jahr 1800 und die Historiker der recht ungeklärten Indianerkämpfe dieser und der späteren Zeit haben sich seines Gedächtnisses gern als Quellenmaterial bedient. Cobdenhewen-Wonke, schlächter auch John Smith geheissen, starb auf dem Boden seiner Hütte und blieb bis ans Ende bei seiner Meinung bestehen, daß das West sein Ort für einen Krieger sei. Die strenge Einhaltung der indianischen Sitten hielt er für die wesentliche Ursache seines langen gesunden Lebens. Nie hat man ihn auf einem Stuhle sitzen oder in einem Bette liegen sehen. Er hielt schon das für Laster der Weißen, abgesehen von den welt-schimmernden, die wir selber zur Rot dafür halten können.

Spielplanänderung. Die Erstaufführung des „Balkan“ von Ludw. Falla findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag im Trianon-Theater statt.

Das finanzielle Ergebnis der Frankfurter Woche wird sich auf etwa eine Million Mark belaufen, darunter 300 000 M. als Ueberschuss aus den Festvorstellungen der städtischen Theater. Bei der heutigen Geldbewertung kann mit dieser Summe nur der augenblicklichen Not gesteuert werden.

Die Wiener Philharmoniker in Südamerika. Die Wiener Philharmoniker treten am 1. Juli eine Tournee nach Südamerika an, die ungefähr drei Monate dauern und in sämtliche großen Städte Südamerikas unter Leitung Weingartners führen soll.

Gehaltsregelung der städtischen Angestellten

Im Reichsarbeitsministerium lagte gestern das Schiedsgericht über die Gehaltsforderungen der aus dem Lohnartell mit den Arbeitern ausgeschiedenen nicht städtischen Angestellten der Stadt Berlin. Die Zusammenlegung des Schiedsgerichts war dieselbe wie die des am 7. März in Sachen der städtischen Arbeiter. Die Stadt wurde vertreten durch Bürgermeister Ritter und Dr. Vollbrecht. Nach ergebnislosen Einigungsverhandlungen erging gegen die Stimmen der Vertreter der Arbeiter folgender Schiedsspruch: 1. Die Einteilung der Angestellten in fünf Gehaltsgruppen erfolgt in Laufe des März 1922. Die Gruppen erhalten die Bezeichnung Ba, Bb, Bc, Bd und Be. 2. Männliche jugendliche Angestellte erhalten bis 15 Jahre 1000 M., nach dem vollendeten 15. Jahre 1100 M., nach dem vollendeten 16. Jahre 1300 M., nach dem vollendeten 17. Jahre 1500 M., nach dem 18. Jahre 1700 M. und nach dem 19. Jahre 1900 M. monatlich. Dabei ist vorausgesetzt, daß die Tätigkeit der jugendlichen Angestellten der Gruppe Ba entspricht. Falls jugendliche Angestellte Tätigkeiten ausüben, die höheren Gruppen entsprechen, so erhalten sie als Zulage den halben Unterschied zwischen den oben genannten Sätzen und dem Grundgehalt der betreffenden Gruppe. 3. Männliche Angestellte über 20 Jahre erhalten ein Grundgehalt von Mark in Gruppen

Gruppe	im Januar 1922	im Februar 1922	im März 1922
Ba	2000	2100	2200
Bb	2100	2200	2300
Bc	2300	2300	2400
Bd	2250	2400	2350
Be	2300	2500	2700

Außerdem erhalten sie nach dem 1., 2. und 3. Dienstjahre eine Zulage von 25 M. monatlich. 4. Weibliche Angestellte erhalten, soweit sie zu Pa oder Bb gehören, 85 Proz., und soweit sie zu Bc, Bd und Be gehören, 80 Proz. der unter 2 und 3 verzeichneten Beträge. 5. Die bisherigen Vergütungsbeihilfen von 65, 100 und 150 M. fallen vom 1. Januar 1922 ab fort. 6. Der Spruch hat Wirkung bis zum 31. März 1922 und darüber hinaus ohne Kündigungsfrist bis auf weiteres. 7. Beiden Parteien wird aufgegeben, bis zum 4. März 1922 einander und dem Reichsarbeitsministerium zu erklären, ob sie den Spruch annehmen.

Annahme der Streik-Richtlinien.

Die gestrige zweite Fortsetzung der Plenarversammlung der Berliner Ortsauschüsse des ADGB und der Afa beschloß die unveränderte Annahme der für künftige Berliner Streiks von allgemeiner Bedeutung von den beiden Körperchaften aufgestellten Richtlinien. Der „Vorwärts“ hat die Richtlinien in seiner Abendausgabe am 7. März (Nr. 112) bereits veröffentlicht. Eine Diskussion des Berichts von Bollmerhaus über seine Auslandreise wurde abgelehnt. Näherer Bericht folgt.

Erhöhte Hinterbliebenenunterstützung.

Das preussische Staatsministerium setzte am 24. November 1921 den Beschluß, daß vom 1. Oktober 1921 ab laufende und mehrjährige Unterstützungen für Hinterbliebene von Staatsbeamten bis zum fünffachen Betrage der in älteren Erlässen bestimmten Höchstätze von den Hochministern selbständig unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt werden können. Wie der amtliche Preussische Pressedienst hierzu mitteilt, ermächtigt der Minister des Innern nunmehr die zuständigen Behörden, im Sinne dieses staatsministeriellen Beschlusses zu verfahren. Die Anweisung mit Auszahlung soll nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Weitere Geschäfte der Saarwinzer?

In politischen Kreisen geht, wie die BPR. hören, das Gerücht, daß der in der Weinangelegenheit des Ministers Dr. Hermes vorgeschlagene Bingerwerb für Saar, Mosel und Ruwer mit dem St. in Trier nicht nur eine Sonderzuerzuehmung von 8000 Zentnern erhalten hat, sondern daß er auch in jener Zeit, in der die Affäre spielt, aus irgendeinem dem Reichsernährungsministerium zur Verfügung stehenden Fonds auch finanzielle Unterstützungen in erheblichem Umfange bezogen haben soll.

Eine Aufklärung nach dieser Richtung wäre dringende Aufgabe des Reichsernährungsministeriums oder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Kein Ehebruch der Frau Eitel.

Die „Telegraphenunion“ verbreitet folgendes Dementi: „Seiner Kgl. Hoheit“ des Prinzen Eitel Friedrich:

„Berliner Montagsblätter verbreiten sensationelle Berichte über eine Zeugenvernehmung der Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen, in der die Prinzessin zugegeben haben soll, zu dem Freiherren von Wettberg, früheren Adjutanten ihres Vaters, des Großherzogs von Oldenburg, Beziehungen unterhalten zu haben. Die Angaben, die zum Teil über England und Amerika in die deutsche Presse gelangt sein sollen, sind nichts als grobe, verleumdende Lügen. Gegen die Verbreiter der Lügen wird Strafuntersuchung eingeleitet.“

Der Kampf um Wyncken.

Ceppig, 13. März. (B.Z.) Die Stroflage gegen den Reformpädagogen Dr. Gustav Wyncken, der am 30. August 1921 vom Landgericht in Rudolstadt wegen Stillschlepperschuldens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, beschloß heute das Reichsgericht. Auf die Revision des Verurteilten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies es an das Landgericht zurück, da weder vor Verurteilung des Beschuldes auf Ausschluß der Öffentlichkeit, noch während der Verhandlung der Urteilsgründe die Verteidiger des Angeklagten gehört worden seien.

Arbeitslosenkundgebungen in Schweden.

Stockholm, 13. März. Die gestrige Kundgebung Arbeitsloser, wozu etwa 12 000 Menschen teilnahmen, verlief im ganzen ruhig; nur am Rindschhausmarkt kam es infolge einiger vermutlich blinder Revolverentwürfe aus der Menge zu einem Zusammenstoß mit vier verletzten Beteiligten, die hantzierten mußten und einen Demonstranten leicht am Körper ver wundeten. Eine Abordnung der Demonstranten wurde im Kanzleihaus von Staatsminister Branting empfangen, der ihre Resolution entgegennahm und sofort beantwortete. Auch in Malmö wurde demonstriert. Zwischenfälle ereigneten sich dort nicht.

Das Verfahren gegen Herrn v. Raehne. Die Voruntersuchung auf verjuchten Totschlag, die gegen den Schloßbesitzer von Pehow im Anschluß an den Zusammenstoß mit dem Arbeiter Rieter eingeleitet worden war, ist nunmehr endgültig abgeschlossen. Ein Antrag der Potsdamer Staatsanwaltschaft, noch weitere Beweise zu erheben, wurde vom zuständigen Untersuchungsrichter abgelehnt, und die Potsdamer Strafkammer ist diesem Beschluß des Untersuchungsrichters beigetreten. Im Laufe dieser Woche wird es sich entscheiden, ob das Untersuchungsergebnis einen ausreichenden Grund für die Erhebung der Anklage auf verjuchten Totschlag gegen Herrn v. Raehne darstellt oder ob das Verfahren gegen ihn eingestellt werden wird. Daß gegen Raehne ein Verfahren wegen unerlaubten Waffentragens eingeleitet wird, steht bereits fest.

Der Endtermin für Genua.

Rom, 13. März. (B.Z.) Den Zeitungen zufolge ist auf Grund zustimmender Mitteilungen der beteiligten Regierungen die Genua-Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden.

Lenin geht nach Genua.

London, 13. März. (B.Z.) Chamberlain erklärte im Unterhause, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz bestehen wird aus Lenin, Tschischewski, Krasin, Litwinoff und 11 anderen Personen.

Das Parlamentarismitglied Wedgwood stellte die Anfrage, ob Schritte getan werden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen.

Chamberlain erwiderte, dies sei eine Frage, welche die italienische Regierung angehe. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, die Abgeneigtheit der amerikanischen Regierung, an der Genueser Konferenz teilzunehmen, werde zu keiner Herabsetzung des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die Zusammenkunft sei auf den 10. April festgesetzt.

Das Parlamentarismitglied Kennworthy fragte, ob die amerikanische Regierung es abgelehnt habe, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, weil die russische Regierung vertreten sei.

Chamberlain erwiderte, er wolle die Auslegung der Erklärung der amerikanischen Regierung selbst überlassen.

Russische Drohungen!

Moskau, 11. März. (B.Z.) Die Sowjetblätter veröffentlichen folgende offizielle Auslassung:

„In Regierungskreisen verfolgt man mit großer Aufmerksamkeit die Beratungen der Ententesachverständigen in London. Man glaubt, daß diese Beratungen nicht dem Geist von Cannes und dem Geist entsprechen, in dem die Genua-Konferenz einberufen wurde. Es nehmen nur Sachverständige der Entente und der Keinen Entente teil, und man hat deshalb den Eindruck, daß die Entente das deutsche Mandat von West-Bitowsk wiederholen und der Sowjetregierung in Genua mit einem Ultimatum entgegenzutreten will. Aber die Zeiten von West-Bitowsk sind vergangen, Rußland befindet sich nicht wie damals in einer Zwangslage. Wenn die Entente nicht noch jetzt im letzten Augenblick die Hinzuziehung russischer Vertreter zu ihren geheimen Beratungen beschließt, so wird die Sowjetregierung sich allen Ernstes überlegen, ob sie an der Genua-Konferenz überhaupt teilnehmen soll. Die Stellung Rußlands ist um so stärker, als eine Weigerung der Sowjetregierung den Zusammenbruch der Konferenz von Genua bedeuten und im Zusammenhang damit zur Bedrohung des Weltfriedens führen würde.“

Diese offizielle Veröffentlichung ist um so bedeutender, als gleichzeitig die sowjetischen „Iswestija“ einen Vorkurs veröffentlichten, in dem ausgeführt wird, der Kreis der Antragsanten um Sowjetrußland verengte sich immer mehr, es sei jetzt der Entente gelungen, neben Polen auch Finnland in die Front der grundsätzlichen Sowjetgegner einzuspannen, und an die Sowjetregierung werde schließlich die Pflicht herankommen, diesen Gürtel von intriganten Nachbarstaaten zu zerprengen.

Nochmal Kadee-Cachin-Poincaré.

Unwahre kommunistische Dementis.

Paris, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Bezüglich der in den letzten Tagen vielfach erörterten, von kommunistischer Seite bisher nicht bestrittenen Vermittlungsaktion Marcel Cachins zwischen Kadee und Poincaré, veröffentlicht das heutige Gewerkschaftsorgan „Peuple“ einen aufsehenerregenden Brief seines Korrespondenten im Departement Jura. Der Korrespondent berichtet über eine öffentliche Versammlung der Jura-Stadt Vons-le-Soulmier, in der das Mitglied des kommunistischen Zentralvorstandes Cartier referierte. Auf eine Frage eines Versammlungsteilnehmers betreffend die Gerüchte über Cachins Vermittlungsaktion antwortete Cartier: „Genossen, ich bin um so besser in der Lage, Ihnen mitzutellen, was sich tatsächlich zugezogen hat, als ich an der Sitzung des Zentralvorstandes der kommunistischen Partei teilgenommen habe, in der über diesen Gegenstand debattiert wurde. Es ist falsch, daß eine unmittelbare Aktions Cachins bei Poincaré stattgefunden hat. Es ist aber durchaus richtig, daß Kadee Cachin mit einer Mission bei Poincaré beauftragt, und daß sich Cachin dieses Auftrages durch eine Mittelsperson entledigt hat.“

Der „Peuple“ bemerkt dazu, daß noch vor wenigen Tagen der Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, Frosard, auf die ersten Gerüchte einer solchen Mission in der „Humanité“ erklärt hatte, daß alle derartigen Gerüchte falsch seien, und daß sich weder eine direkte noch eine indirekte Fühlungnahme zwischen Cachin und Poincaré ereignet hätte. Das Gewerkschaftsblatt stellt fest, daß der Generalsekretär der kommunistischen Partei somit einer neuen Lüge überführt sei.

Sforza und Millerand.

Paris, 13. März. (B.Z.) Der neue italienische Botschafter in Paris, Graf Sforza, der heute vormittag Präsident Millerand sein Beglaubigungsschreiben überreichte, sagte in seiner Ansprache u. a., es sei für ihn eine Gewißheit, daß er in seinen Bemühungen um das freundschaftliche Einvernehmen beider Länder zu ihrem gemeinsamen wirtschaftlichen und geistigen Wohle und zum wirtschaftlichen und geistigen Wohle Europas die wohlwollende Unterstützung der französischen Republik finden werde. Die Achtung vor dem gemeinsamem Wohlwollen und Gütlichkeit, das Bewußtsein, daß Italien und Frankreich zwei herrliche Länder seien, die die Einigung festige und die der Welt herabwürdigte, werde für ihn immer ein Antrieb zur Arbeit und Aufrichtigkeit sein.

Präsident Millerand erwiderte u. a., bei den Konferenzen, bei denen er im Einvernehmen mit dem jetzigen italienischen Botschafter sich bemüht habe, Schwierigkeiten zu glätten, die heute noch lange nicht gelöst seien, habe er die Annehmlichkeit seines Umganges, die Festigkeit seiner Ansichten, seine weite Auffassung, vor allem sein klares Verständnis für die Bedingungen geschätzt, die die beiden Länder einigen müßten. Frankreich erinnere sich pietätvoll der italienischen Haltung während des Krieges. Er zweifle nicht, daß Italien, dessen Sinn für Realitäten so empfänglich sei, so gut wie Frankreich darüber klar sei, daß die Einigkeit der beiden Länder notwendig sei in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Weltfriedens und daß jeder Zwischenfall ein Unheil wäre, der sie zu lockern drohte.

Wahlen in den Vereinigten Staaten. Nach New York Herald werden im Laufe des Jahres in den Vereinigten Staaten 32 Gouverneure, 32 Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus mit 455 Abgeordneten gewählt werden. Unter den Senatoren, die sich zur Wahl stellen müssen, befindet sich auch Lodge.

Gewerkschaftsbewegung

Die 6-Uhr-Ladenschluß-Bewegung!

Die im Berliner Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmer (kaufmännische Angestellte, Handelshilfs- und Facharbeiter) haben den Kampf um die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses erneut aufgenommen, weil die Gesetzesmaschine bisher versagt hat. Fortschrittlich und human gestimmte Arbeitgeber haben schon seit langem den 6-Uhr-Ladenschluß für ihre Geschäfte ohne Schädigung ihrer Interessen eingeführt. Die Mehrzahl der Berliner Einzelhändler hat jedoch für die durchaus berechtigten Forderungen des Personals kein Verständnis.

Die Berliner Gewerkschaftskommission, das Ortskartell des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA) und das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel fordern hiermit alle Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie das kaufende Publikum auf, die Arbeitnehmer der Berliner Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte bei ihren Bestrebungen um die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses zu unterstützen und die Versammlungen, die heute abend um 7 1/2 Uhr im Deutschen Hof, Ludower Str. 15, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18, und in den Phorus-Sälen, Müllerstr. 142, stattfinden, zu besuchen!

**Klassengenossen, übt Solidarität!
Kauft nicht nach 6 Uhr abends!**

Ein Archiv für Betriebsräte.

Es ist sehr oft die Beobachtung zu machen, daß die Kollegen, die in den Betrieben als Betriebsräte, Arbeiter- oder Angestelltenräte fungieren, über gewisse wirtschaftliche Zusammenhänge oder arbeitsrechtliche Verhältnisse nicht genügend informiert sind. Bisher stand eine Einrichtung, die über jedes den Betriebsrat interessierende Wissensgebiet sofort Auskunft vermittelte, noch nicht in vollem Umfange zur Verfügung. Das Archiv der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale ist nunmehr in seinem Aufbau soweit gediehen, daß es jedem Betriebsrat praktisches Material an die Hand geben kann. Das Archiv ist in der Lage, über alle wichtigen wirtschaftlichen Vorgänge, speziell innerhalb des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, ferner über sozialpolitische, arbeitsrechtliche usw. Vorgänge, sowie über Ereignisse innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Auskunft zu erteilen.

Den Betriebsräten steht aber nicht nur die Materialsammlung zur Verfügung, sondern sie können auch mündliche Auskünfte beim Archiv einholen, bzw. sich in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten beraten lassen.

Die Betriebsräte sollten sich die Gelegenheit, ihr Wissen durch diese Einrichtung zu erweitern, nicht entgehen lassen.

Das Archiv befindet sich in den Räumen der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16.

Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. Stock,

und ist täglich von 10 bis 3 Uhr geöffnet und außerdem Montags und Freitags von 3 bis 7 Uhr.

Der Tapeziererstreik.

Der Streik hat in der vergangenen Woche an Umfang zugenommen, so daß nur noch ein kleiner Bruchteil der Arbeitskräfte in den Werkstätten steht. Die Streikkommission fordert nunmehr, daß von heute ab kein Organistierter mehr die Werkstatt betreten darf, auch die Werkmeister nicht. Müller, Oken und Klemmer brachten die Stimmung der ganzen Versammlung zum Ausdruck, indem sie erklärten, daß die Kollegenchaft auf die sozialen Forderungen nicht verzichten könne. Dieser Erklärung traten auch die übrigen Redner bei. Die Bestrebungen der Arbeitgeber, die sozialen Bestimmungen des Manteltarifs zu verschlechtern, die Regelung der Lehrlingsfrage beiseite zu stellen und den Arbeitsnachweis nach ihrem Sinne zu gestalten, müßten entschieden abgelehnt werden. Der Geist der Streikenden ist nach wie vor zuversichtlich, und — wie Klemmer hervorhob — sind ausreichende Mittel zur ferneren Unterhaltung der Streikenden vorhanden.

Heute ist eine Verhandlung mit dem Arbeitgeber, zu der diese eingeladen haben. Ueber das Ergebnis wird in einer Versammlung am Mittwoch berichtet werden.

In seinem Schlusswort erklärte Müller, daß der Kampf bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden müsse.

Einmütig wurde eine Entschlieung gefaßt, worin das volle Einverständnis der Streikenden mit der Tätigkeit der Lohnkommission ausgesprochen wird, mit der Erwartung, daß diese bei den heutigen Verhandlungen alles tun wird, um zu einem annehmbaren Tarifvertrag zu kommen. Die Versammelten lehnten es ab, unter

Ultimativem und diktorischen Bedingungen der Unternehmer einen Vertrag abzuschließen und versprachen, alles zu tun, was geschehen muß, um die Bewegung siegreich zu beenden.

Kommunistische Kongressfragen.

Unsere Gewerkschaften sind erfreulicherweise derart angewachsen, daß selbst die meisten Ortsverwaltungen längst zum Delegierten-system bei ihrem allgemeinen Mitglieder- oder Generalversammlungen übergehen mußten. Je größer die Organisation, um so größer die Zahl der Mitglieder, auf die ein Delegierter entfällt. Bist das schon für die Verbandstage der einzelnen Zentralverbände, so mehr noch für die Kongresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu denen nur je 10 000 Mitglieder einen Delegierten entsenden können. Über auch dann ist die Zahl der Delegierten noch zu groß, um ein arbeitsfähiges Parlament zustande zu bringen. Die größten Gewerkschaften sind deshalb meist so vernünftig, ihr Delegationsrecht nicht voll auszunutzen, einmal, um dazu beizutragen, daß die Zahl der Teilnehmer nicht zu sehr groß wird, weiter aber auch aus finanziellen Gründen. So sah es denn auch kürzlich der Beirat des Fabrikarbeiterverbandes den Beschluß, sein Delegationsrecht zum Leipziger Gewerkschaftskongress nicht voll auszunutzen, sondern anstatt der ihm zustehenden 64 Vertreter nur 37 zu entsenden. Das Mitbestimmungsrecht des Verbandes wird dadurch in keiner Weise berührt, weil in allen entscheidenden Angelegenheiten nach der Zahl der Verbandsmitglieder gestimmt wird. Sendet der Fabrikarbeiterverband anstatt 60 nur 30 Delegierte zum Kongress, dann vertreten diese 30 die gleiche Mitgliederzahl wie 60 oder 64 auch. Die Zahl der von den einzelnen Delegierten vertretenen Verbandsmitglieder ist dann eben doppelt so groß.

Den Kommunisten gefällt gleich jeder vernünftigen Maßnahme der Gewerkschaften auch diese nicht, weil ihnen die Gewerkschaften überhaupt nicht gefallen, solange sie nicht ein untergeordnetes Organ der KPD geworden sind. Die „Rote Fahne“ bezeichnet aus Anlaß dieses Beschlusses den Gewerkschaftskongress von vornherein als „Bureaukratismus“ und meint über Beschränkung der Mitgliederrechte. Gegen diese angebliche Beschränkung müßten nicht nur die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, sondern auch die der übrigen Verbände protestieren.

Die Kommunisten befürchten allerdings, daß, je weniger Delegierte gewählt werden, je geringer ihre eigenen Aussichten sind. Aber was wollen sie? Zu ihren Demonstrationszwecken werden ihnen doch wahrscheinlich etliche Delegiertenmandate zufließen. Daß sie aber selbst bei voller Ausnutzung des Delegationsrechts gar in solcher Zahl vertreten sein würden, um etwa den Kongress zu beherrschen, das glauben sie doch selbst nicht. Wozu also die Aufregung.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Die Generalversammlung der Jahreshilfe Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus stattfand, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst erfolgte der Bericht des Vorstandes über das 4. Vierteljahr 1921, der von Reimann gegeben wurde. Der Referent verbreitete sich zunächst über die wirtschaftliche Lage in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, wobei er betonte, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland zwar groß, in England, Schweden usw. aber noch größer sei. Er ging dann auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter in den verschiedenen Industrien ein und schilderte die Kämpfe, die zur Erlangung höherer Löhne geführt werden mußten. Die Mitglieder sollten nicht immer auf die Ratsschlüsse unverantwortlicher Personen hören, die den Mund am weitesten aufreißten. Im allgemeinen sei es der Organisation gelungen, eine Aufwärtsbewegung der Löhne für die ihr angeschlossene Arbeiterschaft herbeizuführen. Aufgabe des Verbandes müsse es sein, durch Gewinnung neuer Kämpfer die Reihen seiner Mitglieder zu stärken, um so in großer geschlossener Front den Kämpfen für die Verbesserung der Lebensbedingungen den nötigen Erfolg sichern zu können. (Beifall.)

Redner berichtete auch über die Kassenlage des Verbandes. Die Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben im letzten Vierteljahr 1921 schließt für die Hauptkasse mit 710 039,55 M. und für die Hilfskasse mit 223 023,52 M. ab. Die Mitgliederzahl betrug am Jahres-schluß 24 202, und zwar 14 030 männliche und 10 216 weibliche Mitglieder.

In die innere Verwaltung wurden gewählt: Haxberg, Brinze, Burs, Reimann, Kohl, Albrecht, Rabig, Neumann, Dill, Wächter, Anna Neumann, Elise Röber, Schramm und Bahl. Der bisherige Gewerkschaftsrat, bestehend aus den Kollegen Schulz, Buchholz, Ganschow, Ritsche und Arndt, wurde gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

Beschlossen wurde, ab 1. Juli einen Betriebsratsekretär und einen Agitationsleiter anzustellen. Ferner wurde beschlossen, in den

Beitragsklassen 1, 3 und 6 ab 1. April folgende Wochenbeiträge zu erheben: 1. Klasse mit einem Sozialzuschlag von 1 M. = 4 M. für alle Lehrlinge und jugendlichen weiblichen Mitglieder mit einem Stundenlohn unter 4 M.; Klasse 3 mit einem Sozialzuschlag von 1,50 M. = 6,50 M. für alle weiblichen und jugendlichen männlichen Mitglieder unter 17 Jahren; Klasse 6 mit einem Sozialzuschlag von 2 M. = 10 M. pro Woche für alle männlichen Mitglieder über 17 Jahre.

Der gemeine Proletarierstreik.

In Nr. 19 der „Pharmazeutischen Zeitung“ vom 8. März 1922 brachte ein Herr Dietrich jun. in Frankfurt a. M. West, Sternapotheke, eine Notiz über „Selbsthilfe“. Darin wird gefordert, daß von der Logikkommission keine der Geldentwertung entsprechende Tagelohnform zu erwarten und daher Selbsthilfe geboten sei. Es heißt dann weiter: „Um einigen irrtümlichen Ansichten entgegenzutreten, möchte ich bemerken, daß die (in einem vorhergehenden Artikel, D. Med.) vorgeschlagene Selbsthilfe nicht mit dem gemeinen Proletarierstreik zu verwechseln ist. Kein Kranker bekommt bei Verzählung seine Arznei vorenthalten. (Von uns unterstrichen. Red.) Während unsere Hauptlieferanten (chemische Fabriken) und unsere Hauptabnehmer (Krankenkassen) Millionen Gewinne und Dividenden verteilen, sollen wir zu Preisen arbeiten, die nachher nur einem Stande zugemutet werden, der sich nicht zu wehren mag.“

Die sprichwörtlichen Apothekerpreise sind den Apothekern also nicht mehr hoch genug. Die Behauptung, daß die Krankenkassen Gewinne und Dividenden verteilen, ist natürlich falsch. Um aber die Krankenkassen zu zwingen, den Apothekern höhere als die Tagespreise zu zahlen, wird eine Propaganda dafür gemacht, den Mitarbeitern der Krankenkassen, die sich durch ihre Beitragsleistungen einen Anspruch auf freie Arznei gesichert haben, die Arznei vorzuenthalten, wenn sie dieselbe nicht extra bezahlen.

Es stimmt also durchaus, daß solche „Selbsthilfe“, die Verweigerung der erforderlichen Heilmittel an mittellose Kranke, mit dem gemeinen Proletarierstreik nicht zu verwechseln ist. Denn eine derartige Handlungsweise, die zur Erhöhung des Profits — bei gesicherter Lebenshaltung, die weit über der der gemeinen Proletarierlebensweise steht — skrupellos das Leben der kranken Proletarier aufs Spiel setzt, ist so gemein, wie es kein Proletarierstreik sein kann.

Uebrigens ein beachtenswerter Beitrag für die Notwendigkeit der Kommunalisierung des Heilmittelwesens.

Neue Löhne der Brauereiarbeiter Berlins.

Die Brauereiarbeiter haben in einer Funktionärversammlung am Freitag, zu den von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnissen Stellung genommen. Bisher bestanden Wochenlöhne von 585 M. für Gelehrte, 590 M. für Fachpersonal und für Ungelernte 575 M. Nachdem die Arbeitgeber zuerst ein niedrigeres Angebot gemacht hatten, wurden nach einer erneuten Verhandlung 710 M. für Fachpersonal und 700 M. für Ungelernte geboten, daneben eine Erhöhung der Provision für Referentfahrer, Erhöhung des Montagegeldes von 4 M. auf 7 M. je Tag und Erhöhung der Bezüge aus § 616 BGB. Die Lohnerhöhung soll ab 1. März 1922 Geltung haben. Die angebotenen Wochenlöhne entsprechen Stundenlöhnen von 15,27, 15,18 und 15,05 M. Von verschiedenen Rednern war das Angebot als zu niedrig bezeichnet. Bei der Abstimmung wurden die Zugeständnisse gegen ungefähr zehn Stimmen angenommen.

Eine Einigung im Magdeburger Metallarbeiterstreik ist durch Vermittlung des Oberpräsidenten Genossen O r t i n g erzielt worden. Es bleibt bei der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, der eine Stundenzulage von 1,50 M. für Februar und von 75 Pf. für die erste Hälfte des März vorsah. Ab 15. März wird eine weitere Stundenzulage von 95 Pf. gezahlt.

Streik der Fabrikarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fabrikarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fabrikarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Tapezierer, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Tapezierer, Bezirk Ost-Or.

Streik der Schuhmacher, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Schuhmacher, Bezirk Ost-Or.

Streik der Holz- und Schreinerarbeiten, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Holz- und Schreinerarbeiten, Bezirk Ost-Or.

Streik der Buchdrucker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Buchdrucker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Eisenarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Eisenarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Steinmetzen, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Steinmetzen, Bezirk Ost-Or.

Streik der Tischler, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Tischler, Bezirk Ost-Or.

Streik der Schlosser, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Schlosser, Bezirk Ost-Or.

Streik der Schmiede, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Schmiede, Bezirk Ost-Or.

Streik der Drechsler, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Drechsler, Bezirk Ost-Or.

Streik der Gerber, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Gerber, Bezirk Ost-Or.

Streik der Färbereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Färbereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Leinwandwirker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Leinwandwirker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Seidenwirker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Seidenwirker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Wollwäcker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Wollwäcker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or.

Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Webereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Spinnereiarbeiter, Bezirk Ost-Or.

Streik der Fäbriker, Bezirk Ost-Or. In Westfalen ist ein Streik der Fäb

